Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 8 (1940-1941)
Heft: 3

Artikel: Blick nach vorwärts
Autor: Nef, Max
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-758148

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick nach vorwärts

Von Max Nef

Am Tage, da zwischen Frankreich und seinen Kriegsgegnern der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, hat Bundespräsident Pilet dem Schweizervolk die Ansicht der obersten Landesregierung zur neuesten politischen Entwicklung in Europa kundgegeben. Es werde, sagte er, auf diese harte Gegenwart eine allzu schwere Zukunft folgen, als dass wir gleichgültig in die Vergangenheit zurückfallen könnten. Der Blick müsse sich entschlossen nach vorwärts wenden, um mit allen unseren bescheidenen, aber dennoch nützlichen Kräften mitzuwirken an der Wiederherstellung der im Umbruch begriffenen Welt. Die Ereignisse marschierten schnell; man habe sich ihrem Rhytmus anzupassen.

Einmal mehr werden wir uns klar über die Schicksalsgemeinschaft von Staaten und Völkern, auch in Zeiten, da sie sich bekriegen. In enger Verflochtenheit wird auch ein neutraler Kleinstaat wie die Schweiz in das mächtige Geschehen einbezogen. Wohl heisst Neutralität: Nicht-Mitmachen-Wollen. Aber das Draussen-Bleiben bewirkt nicht ein Unberührt-Bleiben. Mitleid empfinden bedeutet heute auch „mit leiden", mit allen anderen. Doch vergessen wir gerade in schweren Tagen nicht, dass die Schweiz auch in Zeiten des Aufstieges an den Errungenschaften und am Wohlstand der anderen hat teilhaben können. Zusammenleben verpflichtet; auch unter Staaten und Völkern. Das gilt auf allen Gebieten, für alle Lebensvoraussetzungen. — Professor Max Huber hat uns kürzlich gesagt, welches die Lebensvoraussetzungen für das Volk, für den Staat sind: Zuerst müsse man die Wehrhaftigkeit nennen. Doch sei Wehrkraft nur möglich auf der Grundlage von Wirtschaftskraft. Beide zusammen aber, ja die dauernde Daseinsmöglichkeit unseres Volkes, seien bedingt durch die Volkskraft, durch die Möglichkeit, ein sich erneuerndes, kräftiges, jung bleibendes Volk in unserem Raum zu erhalten.

Für die Wirtschaftskraft und deren Erhaltung gilt ganz besonders: Blick nach vorwärts! Wir können nie in die Vergangenheit zurückfallen. Bedeutet es nicht schon ein Hemmnis für die Wirtschaft, wenn in Zeiten rascher Entwicklung

kra
jun

Leute etwa glauben, frühere Zustände müssten zurückkehren? Wie lange galten die Jahre, die hinter dem Ausbruch des Weltkrieges zurücklagen, als die sogenannte normale Zeit, für deren Rückkehr sich beste Kräfte einsetzten. Sie taten es mit viel Idealismus, aber mit zu wenig Sinn für Wirklichkeit. Ja sie taten es noch vor kurzem und übersahen dabei vielleicht, dass bereits eine ganze Generation in der Wirtschaft lebt und wirkt, die diese sogenannte „normale Zeit" nicht erlebt hat, die sich fragt, was das eigentlich sei? Oder sie fragt sich nicht, weil keine Erinnerung sie plagt an vergangene Zustände. Psychologische Grundlagen und Aussichten für die Wiederkehr irgend einer vergangenen Zeit müssen an dieser Erkenntnis gemessen werden; wir finden auch hier das sogenannte Generationenproblem.

Wer Sinn für historische Entwicklung hat und an der Geschichte nicht vorbeisieht, weiss, dass noch nie eine Generation alles über Bord geworfen hat. Die Weltgeschichte selbst hat noch nie „Rechtsum-Kehrt" gemacht, auch wenn ein Menschenalter glaubte, an einen Wendepunkt gelangt zu sein, an dem alles neu werden, an dem eine Umwertung aller Werte erfolgen müsste. Wohl haben aufwühlende Ereignisse zu einer Umschmelzung des Bestehenden geführt. Nachher wurden die früheren Elemente in neuer Amalgamierung dem Tiegel entnommen; aber es sind in der Substanz doch immer dieselben Elemente geblieben. Gerade die Schweizergeschichte lehrt uns diese Einsicht. Reformation, Revolution, Aufklärungszeit: sie sind nicht spurlos am schweizerischen Staatswesen vorbei gegangen. Sie haben es umgeformt, nie aber umgestürzt. Selbst die Eroberung und Besetzung durch französische Truppen, die Staatsumwälzung in den Jahren von 1798 bis 1813, die gewaltsame Neuformung nach französischem Rezept, waren am Ende und auf lange Sicht betrachtet, mehr nur äussere Ereignisse. Als der ausländische Druck gewichen war und die Schweiz wieder sichtbar wurde, blieb ein Umbau, nicht ein Neubau zurück. Zwar ist die Schweiz stets dem europäischen Kurs parallel gelaufen; sie hat von der Entwicklung ausserhalb ihrer Grenzen jeweils nur soviel aufgenommen, als sie zu assimilieren vermochte. Es käme nichts gutes heraus, wollte man auf einen Kernobstbaum ein Reis von Steinobst aufpfropfen.

Das gilt auch im Widerstreit zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Individuum und Kollektivität, zwischen Freiheit und Bindung; also im grossen Meinungsstreit, der heute tobt und schwache Menschen glauben lässt, diesmal könnte die Welt aus den Angeln gehoben werden. Der „Blick nach vorwärts" zeigt uns wohl, dass unser künftiger Weg auf dem breiten Feld zwischen absoluter Freiheit und völliger Bindung eine veränderte Richtung einschlagen wird. Möglicherweise wird es kein Mittelweg mehr sein; aber er wird uns auch nicht an den äussersten Rand, an den Rand des Abgrundes, führen. „Wie weit die Grenze staatlicher Autorität zu stecken und wie viel persönliche Freiheit den Privaten zuzumessen sei, darüber entscheidet der Staat. Das ist wohl die schwierigste und bedeutendste Entschliessung des Staatsmannes; und es ist eine Entschliessung aus freier, schöpferischer Urteilskraft". So lehrte uns der bernische Staatsrechtslehrer Walther Burckhardt. Die Ansprache von Bundespräsident Pilet deutete ähnliche Gedankengänge an.

Auf geistigem, auf politischem Gebiet prägen sich Entwicklungen der Umwelt weniger rasch und weniger nachhaltig ein als im Gebiet der Wirtschaft. Weltanschauung und Staatsauffassung sind eine zähflüssige Materie, in der sich ein Druck, selbst eine von aussen erzeugte Schockwirkung, weniger leicht fortpflanzen als in einer leichteren Flüssigkeit wie der Wirtschaft. Bekundet doch gerade die Wirtschaft ihre Lebenskraft darin, dass sie Situationen wie Entwicklungen auszuwerten vermag, dass sie sich „dem Rhytmus anzupassen" versteht.

Selbst die offizielle Wirtschaftspolitik hat sich bei uns auf die raschen Wandlungen und die Entwicklung der letzten Jahre umgestellt. Seit 1931 erfolgte, zum Schutz des eigenen Wirtschaftskörpers, eine teilweise Abkehr vom früheren System des Freihandels. Unser Land ging zu einer aktiven Kompensations-Handelspolitik über, wobei es sehr wohl wusste, „dass das ein Uebel ist, dass die Weltwirtschaft nicht bilateral zerrissen werden sollte, und dass grössere Freiheit im internationalen Verkehr der Personen, Waren und Kapitalien auch ihm in hohem Masse zugute käme. Es weiss aber auch, dass es für das heutige Chaos nicht verantwortlich ist und es nicht ändern kann". In diesem „Nicht-Aendern-Können", das

„da
tera
in

mit diesen Worten Minister Stucki darlegt, liegt zu einem gewissen Grad menschliche Tragik der historischen Entwicklung. Aber nirgends wie in der Wirtschaftspolitik gilt es, real zu denken. Es heisst, sich den Verhältnissen anpassen, die Zügel nicht aus der Hand legen.

Ausserhalb unserer Grenzen wird gegenwärtig ein Neuaufbau Europas diskutiert. Man erfährt von Grossraumplänen für unseren Erdteil, die das Ergebnis der politischen Entwicklung der letzten Zeit sein würden. Vorläufig wird die Schweiz am ehesten im Gebiet der Wirtschaft das unternehmen können, wovon uns in der bundesrätlichen Ansprache gesprochen wurde: „mit allen unseren bescheidenen aber dennoch nützlichen Kräften mitzuwirken an der Wiederherstellung der im Umbruch begriffenen Welt". Liegen nicht schon erfüllte Voraussetzungen dazu in der seit Kriegsausbruch vollzogenen Durchorganisierung des schweizerischen Wirtschaftskörpers? Die Gliederung nach Wirtschaftsgruppen, die straffe Regulierung von Einfuhr und Ausfuhr, weitere vom Bundesrat getroffene, vom Parlament ausdrücklich genehmigte Massnahmen aller Art in der Binnenwirtschaft und im Aussenhandel: sie alle bedeuten bereits ein „Ausrichten und Eindecken" auf die veränderten Bedürfnisse der Jetztzeit. „Ob der Geist der Zeit, der Epoche, in der wir leben, absolut gesehen recht oder unrecht hat, wer weiss es und wer will es entscheiden?" So schrieb vor zwei Jahren Bundesrat Wetter über schweizerische Wirtschaftspolitik. Und er fuhr fort: „Das entscheidet letzten Endes die Zukunft. Wir alle haben uns mit den gegebenen Verhältnissen unserer Zeit und ihrer teilweise zwangsbedingten Entwicklung abzufinden. Gewiss kann und soll der Einzelne versuchen, das von ihm als richtig anerkannte zu vertreten und zu verfechten und ihm womöglich zum Durchbruch zu verhelfen. Aber es wird ihm dies nicht gelingen, wenn er von der Entwicklung seiner Zeit nicht berührt ist".

Schon tönt uns heute aus dem Ausland der Vorhalt entgegen, das, was wir als Versuch realpolitischer wirtschaftlicher Anpassung an das europäische Geschehen ansähen, sei doch nicht ganz frei von kommerzieller Gewinnabsicht. Man könne nicht eine Staatsform ideenpolitisch ablehnen und doch die wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat auszubauen trachten. So mag ein Nur-Politiker urteilen. Die ehrlichen Bemühun-

gen aber, die bei zwischenstaatlichen Wirtschaftsbesprechungen des Auslandes mit der Schweiz auf beiden Seiten immer wieder gemacht werden, zeigen, dass im Wirtschaftsleben Zusammenarbeit notut und die gegenseitige natürliche Ergänzung der verschiedenartigen Wirtschaftsräume auf die Dauer nicht ohne Nachteil unterbunden werden kann. Von einer Zeit der Abschliessung, der wirtschaftlichen Autarkie einzelner Staaten, wird man sich im Interesse Aller wieder abwenden müssen. Hat es eines Krieges bedurft, um Europa zu dieser Erkenntnis zurückzuführen? Wenn wirklich die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes Ziel und Ergebnis des gegenwärtigen Völkerringens sein sollen, so würde zwar in einer solchen „europäischen Autarkie" noch nicht die Rückkehr zum früheren freien Welthandel liegen, aber doch ein freierer Wirtschaftsverkehr, als dies in den letzten Jahren unter der Aera der aus der Krise gebornen Abschliessung von Staat zu Staat der Fall gewesen ist.

Den Weg, der zu einem solchen neuen Zustand geführt hat, die Mittel, die zu dessen Verwirklichung angewendet wurden und den machtpolitischen Zweck, der dahinter steht, mögen wir mit Vorbehalten beurteilen oder ablehnen. Aber an der Tatsache, dass damit eine vermehrte wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglicht worden wäre, dürften wir doch nicht vorbeisehen. Die Wirtschaftspolitik der Schweiz wird sich möglicherweise noch weiter vom früheren Zustand der Wirtschaftsfreiheit entfernen müssen, als sie es bereits getan hat. So lange sie es aber wie bis anhin mit demokratischen Mitteln tut, dürfen wir dereinst dem kommenden Geschlecht, für das die gegenwärtige Generation schliesslich nur immer Treuhänderin ist, das schweizerische Staatswesen mit gutem Gewissen und verantwortungsbewusst weiter geben. Wenn der Wirtschaft durch den Bundesrat vermehrte Bindungen auferlegt werden müssen, um auch hier zur disziplinierten Demokratie zu gelangen, so geschieht dies nicht, um die Freiheit aufzuheben, sondern um sie in dem Umfang zu erhalten, der unter gegebenen Umständen möglich ist. Schon vor Jahren schrieb der Berner Staatsrechtslehrer Walther Burckhardt, die Ideologie des autoritären Staates werde nicht dadurch überwunden, dass wir auf unsere Freiheit pochen, sondern dadurch, dass wir von ihr einen besseren Gebrauch machen.